

Pozener Zeitung.

Siebenundsechzigster Jahrgang.

Nr. 323.

Montag, 11. Mai.

(Erscheint täglich drei Mal.)

Annoncen-Bureau
In Berlin, Hamburg,
Wien, München, St. Gallen:
Rudolph Mosse;
in Berlin, Dresden,
Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg,
Wien u. Basel:
Haasenstein & Vogler;
in Berlin:
J. Petermeyer, Schloßplatz;
in Breslau: Emil Habath.

Inserate 2 Sgr die schwäbische Zelle oder deren Raum, Relamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die am folgenden Tage Morgens 8 Uhr erscheinende Nummer bis 6 Uhr Nachdrucks angenommen.

1874.

Amisches

Berlin, 9. Mai. Der König hat den Kreisrichter und Abth.-Dirig. Göritz zu Neustadt in Westpr. zum Kreisger.-Rath, und den Seminarlehrer Otto Schroeter in Posen zum Seminardirektor ernannt.

Dem Seminardirektor Otto Schroeter ist die Direktion des Schulherr-Seminars in Fulda übertragen, der prakt. Arzt Dr. Bauer mit Belassung seines Wohnsitzes in Allendorf a. W. zum Kreis-Bundarzt des Kreises Wittenhausen, der pralt. Arzt Dr. Credner zu Hanau zum Kreis-Bundarzt des Kreises Hanau ernannt, dem artif. Dirig. des Breslauer Orchestervereins Bernhard Scholz das Präsidentat Musikdirektor beigelegt worden.

Bei der Berginspektion zu Zabrze ist der Bergassessor Wilhelm Schulz zum Berginspektor ernannt worden.

Telegraphische Nachrichten.

Döbeln, 10. Mai. Die heute hier stattgehabte, aus allen Theilen des Königreichs Sachsen außerordentlich zahlreich besuchte Versammlung reisstreuer Männer hat einen Reichsverein für Sachsen gegründet. Der Zweck des Vereins ist die Bekämpfung aller reichsfürstlichen Bestrebungen durch festes Zusammenhalten und thaträchtiges Zusammenvirien aller derselben, denen die Größe des Reichs, die Wohlfahrt und die freiheitliche Entwicklung des Reichs und der Einzelstaaten am Herzen liegt, insbesondere bei den Reichstagswahlen. Zu Mitgliedern des Vereinsvorstandes mit dem Rechte der Abstimmung weiterer Mitglieder wurden gewählt: Prof. Biedermann, Advokat Ludwig, Dr. Hans Blum, Kaufmann Kohner, Dr. Kühn, sämtlich aus Leipzig.

München, 10. Mai. Gelegentlich der heutigen Festfeier zur Weihe einer vom König Ludwig von Bayern verliehenen Fahne haben die beiden Vorstände des Münchener Veteranenvereins und des Kriegervereins an den Kaiser Wilhelm folgendes Telegramm abgesendet: „Bei der heute stattgehabten feierlichen Weihe der von dem Könige von Bayern dem unterzeichneten Vereine allernächst gespendeten Fahne bringen wir E.W. Kaiserlichen Majestät aus treuevollem Herzen ein dreifaches Hoch.“

West, 9. Mai. Ueber die heutige Sitzung des Finanzausschusses der Reichsrathsdelegation liegt folgender ausführlicher telegraphischer Bericht vor:

In der heutigen Sitzung des Finanzausschusses der Reichsrathsdelegation wurde der Minister des Neuherrn von dem Deputirten Schaub über die Stellung des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten zu der provokatorischen Aeußerung der p. p. s. l. e. n. Kurie betreffs der österreichischen konfessionellen Gesetzentwürfe interpelliert.

Graf Andraß antwortete, seitens des Ministeriums des Auswärtigen sei betreffs der an die österreichischen Bischöfe gerichteten päpstlichen Enchelica eine einzige Note an den päpstlichen Stuhl gerichtet worden. Er bedauere, den Wortlaut dieser Note nicht vorlegen zu können, da dieselbe bloß eine Ergänzung des vom Kaiser an den Papst gerichteten Privatschreibens bilden und die Bestimmung haben sollte, die Darlegung der persönlichen Motive, welche den Kaiser bei seinen Entschließungen geleitet hatten, zu vervollständigen. Nach der hierauf vom Grafen Andraß über den Inhalt der gedachten Note entworfenen Skizze ist darin zunächst und vor Allem die Ansicht ausgesprochen, daß derselben, die die Enchelica inspirirten, vielleicht weniger einer Kollision zwischen der Kirche und dem Staate vorheugen, als vielmehr eine solche hätten provozieren wollen. Das Recht des Papstes, den Bischöfen in Kirchenangelegenheiten seine Meinung mitzuheilen, wird in der Note durchaus nicht in Frage gestellt; zugleich wird aber aufs Entschiedene das Bedauern ausgesprochen, daß die Enchelica ein Verdammungsurteil in Dingen ausgesprochen, die durchaus nicht dogmatischer Natur, sondern in dem souveränen Gesetzgebungsrecht des Staates begründet seien. Es wird ferner erklärt, die Regierung werde auch in dieser erschwerten Lage eine Kollision zwischen Kirche und Staat zu vermeiden trachten, es sei das aber nur möglich, wenn im Gegensatz zu dem Inhalte der erlassenen Enchelica den Bischöfen der Rath ertheilt werde, den Staatsgegenen Folge zu leisten. Es wird schließlich in der Note ausgesprochen, daß, falls der innere Friede dadurch gefährdet werden sollte, daß den sanktontinrenten Gesetzen seitens des Clerus nicht Folge geleistet werde, die Regierung sich ebenso für berechtigt, als für verpflichtet erachte, die Rechte des Staates zu wahren und daß dieselbe auch überzeugt sei, es werde ihr gelingen, den Gesetzen volle Geltung zu verschaffen. Graf Andraß fügte dem noch hinzu, eine Antwort der päpstlichen Kurie auf die Note sei nicht erfolgt. Ueber die tatsächlichen Erfolge der Note könne er daher nicht berichten, über das Gegentheil könne er aber auch nicht klagen, denn es scheine ihm viel mehr, daß eine gewisse Beruhigung eingetreten sei.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung stellte der Minister des Auswärtigen, Graf Andraß, in Folge einer Interpellation über die Beziehungen Österreich-Ungarns zum Auslande die Existenz einer bevorstehenden Kriegsgefahr absolut in Abrede. Ihm sei keine Regierung bekannt, die heute den Frieden zu fören gedachte. Wegen der unerträglichen großen Antagonisten zwischen einzelnen Völkern in Betreff ihrer Gefühle und Interessen sei der Friede allerdings auf lange Zeit hinaus nicht als vollkommen geichert zu betrachten. Österreich habe indessen bei seinen Beziehungen zu den Nachbarstaaten und zu den anderen Regierungen wesentlich zur Erhaltung des Friedens beigetragen und werde fortfahren das zu thun. Das Mittel aber, um solche Action auch für die Zukunft wirksam zu machen, besteht immer darin, die Kraft der Monarchie derartig zu erhalten, daß sie stark genug sei, den Frieden so lange als möglich aufrecht zu halten und unter allen Umständen die eigenen Interessen zu wahren. Ueber die jüngsten Begegnungen der Monarchen bemerkte Andraß, daß die Garantie für die Erhaltung des Friedens der ausschließliche Zweck des persönlichen Meinungs austausches der Souveräne und ihrer Minister gewesen sei. Redner widerlegt endlich die von verschiedenen Zeitungen gebrachten Versionen über die bei der letzten Zusammenkunft der Kaiser angeblich getroffenen politischen Abmachungen bezüglich einer Theilung des Orients oder über eine angeblich neue Richtung der auswärtigen Politik Österreichs.

Auf die Hinweiss des Delegierten Seringis, daß der österreichische Seehandel und die Schiffahrt Rückritte machen, erwiedert Graf Andraß, daß durch die Anbahnung von Handels- und Schiffahrts-

verträgen und die Erweiterung der Beziehungen zu anderen Mächten zur Förderung der Handelsinteressen stets das Erforderliche geschehen sei. Insbesondere habe ihn anlässlich der Reise des Kaisers nach Russland die Überzeugung geleitet, daß möglichst innige Handelsbeziehungen die beste Garantie für den Frieden gewähren. — Gegen die von dem Delegierten Czartoryski angeregte Abschaffung des Rothbuches spricht sich Andraß aus, indem er das Rothbuch als Mitgarantie des konstitutionellen Lebens bezeichnet. — Zu dem Titel, diplomatische Auslagen wird der Antrag des Delegierten Groß auf Streichung des Postens eines Botschafters bei der Kurie abgelehnt, nachdem Graf Andraß erklärt hatte, daß Österreich kein geringes Interesse habe, das Recht der diplomatischen Vertretung bei dem Oberhaupt der katholischen Kirche auszuüben, da keine andere Macht auf dieses Recht verzichtet habe. Der Minister erwartet an den sich jetzt in ganz Europa vollziehenden Scheidungsprozeß zwischen der weltlichen und kirchlichen Macht und wie die Interessen, die Rechte von 28 Millionen katholischer Untertanen, die Rechte des Staates, des Kaisers und apostolischen Königs, die nicht aufgegeben werden könnten, dabei zur Vertretung gelangen müßten. Die Verschmelzung der Botschaft bei der Kurie mit der Gesandtschaft am italienischen Hofe sei angesichts der notorischen Beziehungen zwischen dem lesteren und der Kurie absolut unhöflich. — Herauf wird das Budget für das Ministerium des Auswärtigen vollständig nach der Regierungsvorlage angenommen.

Haag, 9. Mai. Der frühere Marine-Offizier Vanerp Taalmankip ist zum Marine-Minister ernannt.

Paris, 9. Mai. Der Herzog von Broglie hat, wie „Soir“ versichert, daß Verlangen kundgegeben, daß für die Berathung des Gesetzentwurfs über die Errichtung einer zweiten Kammer von der Nationalversammlung die Dringlichkeit angenommen werde.

Madrid, 9. Mai. Die Mittheilung der „Correspondencia“, daß Serrano sich zu Gunsten der konservativen Republik ausgesprochen habe, wird von unterrichteter Seite für unbegründet erklärt. Serrano ist leicht erkrankt.

London, 9. Mai. In der gestrigen Sitzung des Oberhauses richtete Baronet Francis Ettrick die Anfrage an die Regierung, ob dieselbe mit den Erklärungen einverstanden sei, welche Lord Granville in seiner Despatch vom 17. Oktober 1872 an den petersburger Botschafter Lord Loftus betreffs gewisser von Russland bei seinem Vorschreiten in Zentralasien einzuhaltenden Grenzen abgegeben habe. Der Staatssekretär des Auswärtigen, Lord Derby, erklärte, die russische Regierung sei von so friedfertigem, versöhnlichen Sinne geleitet, daß er in der Angelegenheit keine Gefahr sehe. Derselbe ließ sich dann über die eigentliche Grenzfrage weiter aus und fügte hinzu, daß Ministerium adoptire zwar den Inhalt der gedachten Despatche Lord Granville's, müsse es aber ablehnen, sich darüber auszusprechen, was es in dem Falle zu thun gesonnen sei, wenn die in der Despatche erwähnten Voraussetzungen eintreten sollen.

Liverpool, 9. Mai. Der deutsche Botschafter in Wien, General v. Schweinitz, und der amerikanische Gesandte in Wien, J. Jay, sind heute auf dem Dampfer „Russia“ nach Amerika abgegangen.

Petersburg, 9. Mai. Der amtliche „Regierungsbote“ publiziert einen Erlaß, betreffend die Reorganisation der marschauer Polizei nach dem Muster der petersburger. — Die hiesigen Zeitungen reproduzieren die sympathischen Artikel deutscher Blätter, welche die letzteren anlässlich der Anwesenheit des Kaisers von Russland in Deutschland veröffentlicht hatten. — Der Eingang aus dem Ladogasee ist vollständig vorüber. Die Brücken über die Neva sind wiederhergestellt.

Athen, 8. Mai. Die Auflösung der Deputirtenkammer ist heute erfolgt und bekannt gemacht. Zugleich sind die Wahlkollegien zur Vornahme der Neuwahl auf den 1. Juli c. heraufen.

Vom Landtage.

63. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 9. Mai, 11 Uhr. Im Ministertisch Dr. Falk und Dr. Foerster. Die dritte Berathung des Gesetzentwurfs über die Verwaltung erledigter katholischer Bistümmer beginnt wiederum mit einer Generaldiskussion, zu der nicht weniger als 16 Redner das Wort verlangen, darunter 10 gegen die Vorlage; für dieselbe melden sich u. A. Graf Bethy-Huc, v. Mallinckrodt und Negidit zum Wort.

Abg. Reichensperger: Sogar der Abg. Wehrenfennig, der sonst in kirchlichen Dingen dreifach mit Erz gepanzert ist, hat anerkannt, daß diese Vorlage erste Gewissensbedenken seitens der Katholiken hervorrufen könnte, und auch der Kommissionsschluß steht einer solchen Auffassung nicht ganz fern; nichtsdestoweniger hat man ihr zugestimmt, so daß man fragen darf, ob der preußische Staat noch auf dem Standpunkt des Art. 15 seiner Verfassung steht, nach welchem Staat und Kirche zwei wesentlich verschiedene Gemeinschaften in der menschlichen Lebensordnung sind. Man will sich gegen die staatsgefährliche Wirkung des Bistumums durch die Maigefüße schützen. Erregt denn die sozialistische Doktrin nicht ebenfalls bei der Regierung und bei allen Parteien große Bedenken, ohne daß man Ausnahmefälle gegen ihre Vertreter macht? Der Abg. v. Sybel hat überhaupt in der katholischen Kirche eine staatsgefährliche Tendenz gefunden und uns viele Stellen aus dem Mariana und Bellarmine vorgelesen, die allerdings Ihr Erstaunen hervorrufen müssten; er hat aber vergessen, daß diese Auschauungen nicht der Gegenwart, sondern dem Mittelalter angehören, wo eine ganz andere Staatsanschauung herrschte; dann ist das Buch von Mariana geschrieben, als derselbe Erzieher des Infanten wurde, unter ausdrücklicher Billigung des Königs zur Warnung für den künftigen Herrscher Spaniens, nicht um Leidenschaften zu erwecken; durch den Jesuitengeneral ist das Buch verworfen und unterdrückt. Die Reformatoren Hug. Luther und Zwingli gingen noch viel weiter. Knox und Milton haben den aktiven Widerstand nicht nur vertheidigt, sondern sogar in die Praxis übersetzt. (Hört! hört! im Centrum.) — Der Abg. Gneist hat sich besonders für das Wahlrecht der Gemeinden auf Analogien aus der Geschichte berufen, er wird auch für die Strafmahregeln Analogien finden; aber alle diese Analogien beruhen auf einem ultrabureaucratischen Rechtszustande, der aus dem Satz entstanden ist: *eius regio eius religio*. Die Bewußtsein auf Österreich beweist nur, daß auch in anderen, nominell katholischen Staaten ähnliche Strömungen wie in Preußen vorhanden sind und das mit Nach-

druck ausgerufen „Franz Joseph manu propria“ imponirt dem Redner nicht mehr als die Unterschrift „Wilhelm“, die ihn nur verpflichtet, dem so gezeichneten Gesetz die allgemeine landrechtliche Gültigkeit beizulegen, aber ihm die Freiheit läßt, es zu bekämpfen und seine Änderung zu bewirken, bevor es Schaden gestiftet hat. Ob jemand befugt ist, kirchliche Handlungen vorzunehmen, darum hat sich der Staat niemals bestimmt; auf diesem Standpunkt steht das Allgemeine Landrecht und auch das Strafgesetzbuch, welches nur von der unbefugten Ausübung öffentlicher Aemter spricht. Der Standpunkt, den diese Vorlage einnimmt, steht diametral entgegen der in der Verfassung garantirten Freiheit der katholischen Kirche. Deshalb beantragt der Redner, um diese Frage gründlich zu erwägen noch in letzter Stunde die Vorlage an die Kommission zurückzuerweisen.

Abg. Graf Bethy-Huc: Ich möchte die Verhandlung über diese hochwichtigen Gesetze nicht vorübergehen lassen, ohne meine und meine politischen Freunde Stellung zu denselben zu kennzeichnen. Wir sind nur mit schwerem Herzen in diesen Kampf eingetreten, und ich persönlich habe mich des unmuthigen Gefühls nicht immer erwehren können, daß einer früheren oder einer späteren Generation die Aufgabe zugefallen sein möchte, den unvermeidlichen Kampf auszukämpfen. Da uns aber vom Schicksal diese Aufgabe geworben ist, müssen wir uns ihr gewachsen zeigen. Aengstlich sind wir nicht vor der Minorität unserer katholischen Mitbürger und der politischen Freunde des Herrn Abg. v. Mallinckrodt, aber wir haben Scheu und Besorgniß unsre katholischen Mitbürger in Dingen zu verlegen, die ihnen heilig sind oder heilig scheinen, nachdem man verstanden hat das Heilige und Heiligechein in ihren Herzen und Köpfen zu verminnen. Für den minder gebildeten Mann ist der Unterschied nicht immer erkennbar. Besorgniß habe ich vor der Zentrumpartei, und zwar nicht blos deshalb, weil ich die bei ihr noch mehr als bei anderen Theilen dieses Hauses verbreitete Überlegenheit der Redekunst anerkenne, sondern auch weil sie in der Wahl der Mittler minder wählertisch ist, als sie sein sollte. Wenn es in politischen Diskussionen unstatthaft ist, die Person Sr. Majestät des Königs in die Debatte zu ziehen, so sollte es noch höherem Grade unstatthaft sein, den Namen Gottes in denselben unnötig zu führen. Immer heißt Ihr letztes Argument: Gott will es so! Und ihm gegenüber sind wir in einer sehr unbequemen Lage (Bustimmung und Heiterkeit im Zentrum) — ich werde Ihnen fogleich sagen warum. Wir müssen uns entweder Ihnen beugen und zugeben, daß Gott es so will, oder wir müssen sagen: was Sie Gottes Wille nennen, ist das, was Sie als Gottes Willen interpretiren und dann müßten wir Ihnen auch diejenige Interpretation geben, welche wir von dem göttlichen Willen in unserem Gewissen und Herzen haben. Aber dazu werden Sie uns niemals bringen, dies in einer politischen Versammlung zu thun die politische Versammlung in eine theologische Synode zu verwandeln, welche über die Bearisse des Christenthums sich in eine sachliche Kontroverse einläßt. Ich habe mein Bekenntnis, meine Konfession, aber nicht für die politische Versammlung; für diese habe ich in der That kein Bekenntnis. Mit einem Streitlich will ich aber doch den von Ihnen als Argument angeführten göttlichen Willen dahin beleuchten, daß es mir aus der heiligen Schrift in der That leichter erscheinen würde, auf dem Wege künstlicher Interpretation aus Christo einen Sozialdemokraten zu machen, als ihn zu einem Hierarchen zu stampfen. „Mein Reich ist nicht von dieser Welt!“ Das sind die Worte, die in jeder Ihrer Reden nicht ein, sondern hundert Mal verlungen werden.

Die Scheu meinen Mitbürgern, diese Besorgniß Ihnen gegenüber bitte ich nicht zu verweilen mit Furcht. Auch in den Krieg mit Frankreich gingen wir mit schwerer Besorgniß vor dem Elend, das im Gefolge jedes Krieges ist, aber nicht mit Furcht; über den Ausgang waren wir damals so wenig unsicher, als ich heute bin. Der Staat wird siegen, weil er siegen muß, aber ich beeile mich hinzuzufügen: die Kirche wird nicht besiegt werden. Die Kirche als Heilsanstalt ist etwas Unvergängliches, als politische Institution ist sie dem Übergang und Untergang unterworfen, wie jede andere menschliche Bildung. Denn diese äußere Erscheinung, diese Institution der Kirche ist eben so göttliche in dieser äußeren Beziehung, als die Kirche. Auch als politische Institution hat die Kirche ihre große Bedeutung für die Kulturrevolution gehabt, erlangt und erfüllt, so daß man sich nicht wundern darf wenn sie sich jetzt, nachdem ihre Aufgabe auf andere Organe übergegangen ist, die früher fehlten, nicht gutwillig, sondern nur mit Sträuben das Schwert, das sie besaß, aus der Hand reißen will. Aehnlich ist es dem Adel gegangen, der noch groß und schmolz über den Verlust von Rechten und Pflichten, die ihrerzeit wohlverdient und wohlbewahrt waren; er hatte nicht wahrgenommen, daß das Beamtenhum die freigewordene Erbhaftkeit längst angetreten hatte, nachdem er durch eigene und die Schuld d. Verhältnisse unfähig geworden war, sie zu verwalten. Dann hat wieder die Bureaucratie schmolzend und grossend einen großen Theil ihrer früher mit Ehren, speziell für unser preußisches Vaterland befreßnen Befugnisse an die Landesvertretung dieses Staates abgeben müssen und wird noch einen anderen Theil an die Organe der Selbstverwaltung abtreten müssen, nicht immer ohne Widerstand, aber gewungen durch die Verhältnisse, die stärker sind als die Menschen und ihre Gesetze. Es ist so schwer wirklich Neues in dieser Debatte zu sagen, aber zum hundertsten Mal muß es betont werden, daß nicht ein Dogma, nicht die Sittenlehre der katholischen Kirche, soweit sie unter den Begriff der Heilsanstalt fällt, durch die Maigefüße und ihre Konsequenzen, durch die gegenwärtigen Gesetze verlegt sind. Das Dogma, welches von den Herren im Zentrum immer als verlegt dargestellt wird, hat in den Ausführungen des Herrn Abg. v. Mallinckrodt seinen konkretesten Ausdruck gefunden, der die Souveränität der kirchlichen Spize als das vornehmste Dogma der katholischen Kirche bezeichnete und später hinzufügte: Die Wahrheit des Bekenntnisses ist das vornehmste Dogma einer jeden Kirche und da diese Wahrheit durch die souveräne Spize geistigt wird, so gipfelt das oberste Dogma wiederum in dieser Spize. Ich lasse dahingestellt, wie weit überhaupt die Wahrheit mit einer Person oder einer Reihe notwendig auf einander folgenden Individuen verbunden werden kann. Nach meiner Auffassung ist die Wahrheit etwas Ewiges, Unveränderliches, die Reihenfolgen von Geschlechtern und Individuen aber dem Wechsel der Ansichten unterworfen; auch seitens der Päpste wird dies der Herr Abg. v. Mallinckrodt nicht leugnen können. Doch ich lasse dahingestellt, wie weit überhaupt die Wahrheit mit einer Person oder einer Reihe notwendig auf einander folgenden Individuen verbunden werden kann. Dann haben Sie den Begriff der Heilsanstalt fällt, der vorübergehende Inhaber aller derjenigen Jurisdictions gewalt und der Rechte, welche von dem Hrn. Abg. v. Mallinckrodt mit dem Dogma als in vielen Fällen zusammenfallend bezeichnet wurden. Dann haben Sie den Begriff der Armee, der gegliederten Macht, und wenn die Armee nicht mit dem Staat zu kämpfen berufen ist, weil der Staat von dem Dienst dieser Armee keinen Gebrauch zu machen hat, so liegt die Möglichkeit sehr nahe, daß die Armee zum Kampfe gegen den Staat ver-

wendet wird. Herr v. Mallinckrodt sagt ferner, der Staat negire die katholische Kirche als solche, weil er das unschlägliche Lehramt des Konzils nicht anerkannt und in dem Streite zwischen Alt-katholiken und Katholikat-katholiken Partei zu nehmen, sich nicht hat entschließen können. Der Staat will eben in die eigenen Befugnisse der Kirche nicht übergreifen. Und Sie selbst, die Sie so oft von Uebergriffen des Staats in das kirchliche Gebiet sprechen, verlangen hier eine Einschaltung des Staats! Wir sollen also eintreten, um Ihnen Recht zu geben, aber nicht eintreten, um nur Ihnen nicht Unrecht zu geben. Dieser Anspruch erinnert mich an jene fahrenden Ritter, welche von jedem, dem sie begegneten, verlangten, positiv anzuerkennen, daß seine Dame die schönste sei. Verlangen Sie doch nicht von uns die Anerkennung in einer Materie, die wir nicht verstehen. Der Hr. Abg. Windthorst sagte, die Grenzbestimmungen zwischen dem Dogma zwischen der Kirche und dem Staat müssen der Kirche obliegen, es seien freilich die Grenzen zwischen Staat und Kirche bei dem Protestantismus andere, als bei dem Katholizismus, d. h. mit anderen Worten: dem Katholizismus gegenüber steht der Staat als ein Minderer als dem Protestantismus gegenüber; der Protestantismus ist nicht berechtigt, die Grenzbestimmung auf dieselbe Weise auszudehnen, wie der Katholizismus durch sein göttliches Mandat. Nun könnten ja andere Religionsgesellschaften kommen und ihre Grenzbestimmung auf Gebiete hinübertragen, die noch weiter gingen. Die Mormonen und die Bibelweiber brauchen ich gar nicht anzuführen, die Muselmanen genügen mir dazu. Glauben Sie, daß irgend ein Staat, welcher die Sitten aufrecht erhalten will, diese Grenzbestimmungen den Religionsgesellschaften überlassen kann? Und wenn sie der katholischen Kirche bisher haben überlassen werden können, so geschah es, weil Uebergriffe nicht erfolgten. Der Herr Kultusminister hat bereits betont, daß das Gewissen in Preußen unmöglich bedrängt werden könnte durch Dinge, welche sich in Oldenburg und Baden die Gewissen gern haben gefallen lassen. Sie sagen freilich, dort sei mit der Kirche über diese Dinge verhandelt worden, aber vor Gewissen, bei denen die Verhandlung eine so große Rolle spielt, habe ich nur einen geringen Respekt. Und wenn Sie sagen, die einzelnen Postulate seien nicht gegen die Sitzungen der Kirche, sondern die Ansprüche des Staates, sie der Kirche zu erkennen, zu beweisen Sie damit selbst, daß es sich hier nicht um eine Gewissensfrage, sondern um eine Machtfrage handelt. Als solche behandeln wir sie und vindizieren dem Staat das Recht, die Grenzen für die Religionsgesellschaften zu bestimmen. Der gegenwärtige Kampf ist nicht ein Kampf des Protestantismus gegen den Katholizismus. Wie könnten wir vom speziell protestantischen Standpunkte aus Gesetze machen, welche die protestantische Kirche in dem Augenblick, wo sie hierarchische Gültigkeit haben sollte, mit derselben Schärfe treffen müßten, als die katholische. Der Kampf ist viel älter, als die protestantische Kirche, älter als die Reformation. Wenn in dem Kampfe zwischen Welsen und Ghibellinen die Kirche im Weisestlichen gestellt hat, so verdankt sie es dem unausgebildeten Staatsleben in Europa. Wo und wobald aber das Staatsleben eine innere Konsolidation erhalten hat, ist der Kampf zu Gunsten des Staates entschieden worden. Auch bei uns entbrannte der Kampf von Neuem, als sich ein großes mächtiges Staatsleben gestaltete, dem Sie, und besonders der Herr Abg. v. Mallinckrodt mit Entschiedenheit entgegentrat, wo und wie es immer geschehen konnte. Warum haben Sie an den alten deutschen Bund erinnert? Weil das katholische Österreich Ihnen zu folgen bereit war, Preußen aber mit seiner gewünschten Bedölfung sich schenken möchte, den Kampf mit Ihnen aufzunehmen. Herr Abg. v. Mallinckrodt und seine Freunde strebten dem Kriege von 1866 entgegen und erst vor Kurzem erklärte der Herr Abgeordnete öffentlich, er habe es für eine Rechtswidrigkeit gehalten, den österreichischen Krieg zu provozieren, die süddeutschen Staaten zu vertragen zu bezeugen, welche ein großer Theil der Bevölkerung zu schließen nicht absichtigte und die Staaten zu annexieren, welche in offenem Kampfe gegen uns standen. Trotzdem behauptet der Herr Abgeordnete, er sei nicht reichsfreundlich, sondern reichsfreundlich. Ich habe eine zu große Achtung vor der Einsicht des Herrn, als daß ich glauben könnte, er habe die Bildung des Reiches ohne diese Mittel für möglich gehalten. In dem Augenblick, wo der scheinbar erobernde preußische Staat begann, die moralischen Eroberungen in Angriff zu nehmen, sich seiner großen Kulturaufgabe auf dem Gebiete der Schule, der Selbstverwaltung bewußt zu werden, da traten Sie entgegen und nahmen die wesentlichen Attribute des Staates auf dem Gebiete der Ehe und der Schule für sich derartig in Anspruch, daß Sie die von Ihnen so gerührte Toleranz tatsächlich negierten. Reden Sie mir nicht von Freiheit des Gewissens und des Glaubens, reden Sie vielmehr von der Freiheit der Kirche, ihre Mitglieder zu unterwerfen. Sagen Sie lieber, wir wollen unser Recht für uns haben, dann werde aus dem Übrigen, was da wolle. Herr v. Schorlemmer sagte: haben Sie die Maigesetze auf, wir werden kein Triumphgeschrei erheben. Ich sage Ihnen: Geben Sie den Widerstand auf, wir werden kein Triumphgeschrei erheben. (Heiterkeit) Wir werden Sie als Brüder bewillkommen und Ihnen dankbar sein. Ihre Kirche wird fortleben auch ohne diesen Widerstand, während der Staat mit Aufgabe seines Standpunktes nichts vernichtet. Ich habe in der That nicht die Überzeugung, daß wir ohne eine sehr ernste traurige Zeit zu dem Ende kommen werden, zu welchem wir kommen müssen. Aber er wird und muß zum Wachsthum, zur Stärkung der Kirche wie des Staates führen. Die Macht, das Ansehen der Kirche und ihrer Mitglieder wird zunehmen, wenn Sie dieselbe von dem äußeren Beifall trennen, das man mit dem Dogma zu identifizieren sucht. Die Maigesetze sind ein Segen für die Kirche, wie sie nicht blos von mir aufgefaßt wird, den Sie nicht für kompetent halten werden, sondern von gläubigen Katholiken. Sie allein verhindern die weitere Ausdehnung des bereits eingetretenen Schismas. Die Unterwerfung des deutschen Episkopats unter die Maigesetze würde der neuen vatikanischen Lehre den Stachel nehmen, welcher das Schisma hervorruft, und wenn sich die Bischöfe dazu entschließen können, so würde ich die alt-katholische Bewegung, auf die meine Überzeugung nur eine sehr geringe war, in Zukunft nicht weiter verhorresieren. Das Schisma wird aber unendlich wachsen, wenn der Kampf so, wie es geschehen ist, und mit den bischöflichen Waffen Seitens des Herren fortgeführt wird; und dann wird das Schisma, wenn dadurch auch die Kirche äußerlich mächtig geschädigt wird, doch für das innere Wesen von großem Segen sein, auch für den nicht schismatischen Theil Ihrer Kirche wird nach Ihrem eigenen oft abgelegten Befürchtung die Reformation für den nicht protestantisch gewordenen Theil der Christenheit eine größere Einigung und einen inneren Machtwuchs herbeiführen.

Auch ein Segen für uns. Wir danken Ihnen auf diesem Gebiete schon so viel: wie wir nächst unserer eigenen Kraft die äußere Einheit Deutschlands Frankreich verdecken, ebenso haben wir die innere Einheit der deutschen und preußischen Parteien dem verehrten Zentrum zu danken. M. S. Sie haben uns die Kreisordnung und das Militärgesetz machen helfen, Sie haben den sämtlichen Parteien gezeigt, daß bei gewissen Gegenseitigkeiten, bei dem Vorhandensein einer gewissen Opposition ein festes Zusammenhalten aller Parteien des Staates und aller Parteien des Staates mit der Staatsregierung eine unerlässliche patriotische Pflicht ist. So oft extreme Parteien sich ganz oder teilweise von dieser Nationalnothwendigkeit zu trennen versucht haben, hat es sich zunächst an diesen Parteien gerichtet und es würde sich am Vaterlande gerichtet haben, wenn es in solchem Maße geschehen wäre, daß die Entscheidung der Landesvertretung dadurch bedingt wurde. Wie Sie uns bisher geholfen haben, so werden Sie uns weiter helfen an der Provinzialordnung, am Unterrichtsgesetz: Wir werden alles das zu Stande bringen, worüber der deutschen Ideologie die Beständigung sonst so schwer wird, und wir werden uns bei Ihnen dafür zu bedanken haben. Von Ihnen gilt, wenn auch in anderem Sinne das apostolische Wort: wir thun nicht, was wir wollen, sondern wir thun, was wir nicht wollen.

Abg. v. Wierzbinski: Nicht dem Drucke der Hierarchie nachgebend kämpfen wir gegen diese Gesetze an, sondern weil dieselben die Selbstständigkeit der Kirche, die Freiheit des Gewissens verleugnen. Außerdem werden sie ausgebeutet, um die polnische Nationalität noch mehr zu unterdrücken und darum muß jeder, dem die Erhaltung der polnischen Nationalität am Herzen liegt, sich mit aller Macht gegen diese Gesetze stemmen.

Abg. v. Karloff: Nachdem der Abg. Graf Bethush-Huc den Standpunkt meiner politischen Freunde in erschöpfernder Weise dargelegt hat, wird das Haus mir Dank wissen, wenn ich im Interesse der schleunigen Erledigung der Geschäfte auf das Wort verzichte. (Beifall.)

Abg. Hänel: Die Behauptung, daß dies Gesetz der Existenz der Nationalitäten schädlich ist, widerspricht in einer die Kampfesweise des Zentrums bezeichnenden Weise dem neulich gehörten Auspruch, es verlege den universalen Charakter der katholischen Kirche. Ich bin bescheiden genug, um nicht, wie Herr Reichenberger, zu vertheilen, daß ich etwas neues in die Debatte bringe werden. Diese Gesetze sind nur Mittel zur Durchführung der Maigesetze. Darum muß man immer auf diese zurückgehen, und es handelt sich immer um die Frage, ob durch sie das katholische Dogma verletzt wird. Behauptet ist das von Seiten des Zentrums oft genug worden, bewiesen nicht. Einstweilen ist jedes weitere Wort überflüssig.

Abg. Respondek wiederholt die alten Sätze, daß diese Gesetze das Heiligste des Katholiken, seinen Glauben und sein Gewissen verlegen. Die Majorität hat wohl die Macht auf physikalisches Gebiet, aber nicht auf moralischem, darum sind alle diese Gesetze völlig unausführbar. Weder, dem es darum zu thun ist, die sittliche Würde des Menschen gegen den Staatsdiktator zu vertheidigen, muß sich gegen dieselben erklären. Wir Polen haben viel auf Erdem verloren, aber drei Güter sind uns geblieben, die Liebe zur Wahrheit, die Unbescholtenheit unseres Charakters und die Treue zu den Altären, und diese Güter sind uns um keinen Preis feil.

Abg. Dr. Legidi: Der Vorredner hat einen Essay Macaulay's citirt, der von Bewunderung des Papstthums und der katholischen Kirche erfüllt ist; jedes dieser Worte kann ich mit Ueberzeugung unterschreiben, eben weil ich meine Erziehung in der anderen Kirche erhalten habe, die ein katholischer Redner mit der Leute des Diogenes nicht finden zu können behauptete; wenn der Herr sich einer besseren Leute als jener heidnischen, nämlich der Leute der Wahrheit bedient hätte, würde er die evangelische Kirche schon gefunden haben. Ich zollt der römisch-katholischen Kirche meine Bewunderung, und bane meine Friedenshoffnung auf ihr Wesen, das es mit sich bringt, daß das ganze System idealer Unsprüche, die sie erheben muß, unter keinen Umständen auf dieser Welt vollständig erfüllt wird. Das Wesen der katholischen Kirche ist die Immunität der Gottheit in einer Institution dieser Welt und dieses Wesen erfordert lauter Vollkommenheit in einer zweifellos unvollkommenen Welt. Differenzen sind dabei unausbleiblich; es bleibt der katholischen Kirche immer zu wünschen übrig. Wenn man das österreichische Konkordat als den einen, wenn Sie die Maigesetze als den andern Pol betrachten, so handelt es sich nur um ein Mehr oder Weniger begründeter Unzufriedenheit aller derer, die von dem Ganzen und Vollen dessen ausgehen, was die römisch-katholische Kirche fordern muß. Von jeher gab es in ihr zwei Richtungen: die eine ist ausgegangen von der Erkenntnis der wirklichen Welt, hat die Erreichung des Menschenmöglichen in ihr Programm aufgenommen und war zu frieren, wenn sie auch nur ein Kleines erreichte; diese diplomatische, diese temporis ratione habita sich den Umständen anpassende Richtung ist gegenwärtig in Rom nicht beliebt. Die zweite Richtung geht davon aus, möglichst viel zu fordern, um etwas zu erlangen, und diese ist jetzt am Ruder. Ich könnte fast den Tag und die Stunde angeben, wo diese Partei zur Herrschaft kam; es ist dasselbe Datum, welches der Papst, der geschichtliche Daten zu lieben scheint, gewählt hat, um an den Kaiser Wilhelm zu schreiben. Der 7. August 1814, das ist der Geburtstag des neuen Einflusses der extremen Partei, die nicht Willens ist, sich in die Welt zu schicken. Auf dem Standpunkt dieser tapferen und kriegerischen Partei steht das Centrum. Ich will mich nun nicht bei dem Centrum infoliren, indem ich behaupte, die Centrumsfraktion habe so wenig Einfluß, daß man ihr auch nicht die Schuld der Verantwortlichkeit beilegen darf. Die letzter Folgerung ist ein Fehlschlag. Weit imbedeutendere Elemente als die Centrumsfraktion haben einen großen Einfluß gehabt. Ich glaube auch nicht, daß die Centrumsfraktion legitim ist, die katholische Kirche zu vertreten. Aber haben Sie es gehört, daß Nachbar sich lediglich darum verseindeten, weil der Eine ein böses Hausthier nicht an die Kette legen wollte? Legitimirt zur Vertretung des Hauses ist das böse Hausthier auch nicht, und der Nachbar hat es vielleicht auch an die Kette legen wollen, das Hausthier hat aber nicht gehorcht, sondern ihm die Bähne gewiesen, und er hat es laufen lassen. Die Zeichen trügen kaum, daß in der katholischen Kirche die Partei der Intrusen sitzen, die gefügt auf den wirklichen absoluten Anspruch ihres Glaubens und ihrer Kirche keine Rückicht auf die Welt nehmen will und fast Alles verlangt, noch lange am Ruder sein wird. Das sind für die nächste Zukunft böse Wpfer. Indessen so bleiben kann es nicht, daß liegt in der Nothwendigkeit der Dinge. Es muß in der katholischen Kirche die andere Partei zur Herrschaft kommen, die nicht weniger katholisch ist, als die jetzt herrschende, die aber in dem einen Punkt abweicht, daß sie das Blüten versteht; sie hält zwar ihre Prinzipien fest: wenn sie aber die Unmöglichkeit einstellt, daß diesen Prinzipien genügt werden kann, so kommen die Politiker zu der Ansicht, daß man sich doch manches gefallen lassen muß, was man nicht ändern kann. Das jetzt aber diejenige Festigkeit des Staates voraus, die ich unserem Staat zutraue, an der sich der Widerstand bricht. Man kommt, denke ich, tapfer so lange, als man etwas zu erreichen hofft, schließlich aber verträgt man sich mit den unvollkommenen Verhältnissen der Welt. Die uns vorliegenden Eingänge der Domkapitel berufen sich auf den Westphälischen Frieden trotzdem er in einer päpstlichen Bulle vom 3. Januar 1851 verdammt ist. Wer hindert denn, zu hoffen, daß eine Zeit kommen wird, wo künftige Domkapitel sich auf die Maigesetze berufen werden, wie die heutigen Domkapitel auf den vom Papst verdamten Westphälischen Frieden? (Heiterkeit)

Abg. Bauer: Wenn Herr Graf Bethush sich darüber beklagt, daß hier so oft der Name Gottes und die Religion in Debatte gezogen werde, so sehe ich darin einen Beweis, daß die Gesetzgebung sich auf das rein innere Gebiet der Kirche begeben hat. Herr Dr. Legidi bezeichnete die Maigesetze als einen Pol, und ich stimme ihm darin bei, denn befamlich hört an den Polen alles Leben auf. (Oh! oh! Große Heiterkeit.) Als Grund dieses Gesetzes wird angeführt einmal die Auflehnung der Geistlichkeit gegen die Staatsgesetze und zweitens der drohende Nothstand in den Gemeinden. Das Wort Auflehnung spricht man so leichtfertig aus, obwohl es durchaus nicht zutrifft. 1849, als der Völkerfrühling mit Stürmen hereinschlug, da waren es die Bischöfe, welche das Volk zum Gehorsam ermahnten. Damals nannte man sie Reaktionäre, heute nennt man sie Revolutionäre. Und doch haben sie auch nicht den geringsten Widerstand der Ausführung der Gesetze entgegengestellt. Auf diesem Wege der Gewalt und Verleumdung kommen wir nicht zum Ziel der Verständigung. Was dann das zweite Motiv dieses Gesetzes betrifft, so ist nicht zu verkennen, daß jetzt schon ein Nothstand der Gemeinden vorhanden ist. Und doch waren noch nicht diese Gesetze in Geltung, welche an Schärfe die Maigesetze noch überbieten. Redner geht sodann auf die Entstehung des kirchlichen Staates zurück und erwähnt die Worte der Thronrede vom Jahr 1867, wonach für die Würde und Unabhängigkeit des Papstes seitens der preußischen Regierung Schutz versprochen wurde. Wie treffen diese Worte mit dem neutestamentlichen Ausdruck des Hrn. Kultusministers zusammen: „Unser Kampf gilt Rom!“ Und dieser Kampf soll mit der Errichtung einer National- und Staatskirche enden. Allein diese Hoffnungen sind trügerisch. Das Volk und der Klerus hält fest am Glauben und am Papst, die Zahl der Abtrünnigen ist eine äußerst geringe. (Beifall im Zentrum.)

Vom Abg. Windthorst (Meppen) wird jetzt der Antrag eingereicht, das Geetz an die Kommission zur Beratung und Berichterstattung darüber zurückzuverweisen, welche Verfassung sändern zu dürfen. Von Ihnen gilt, wenn auch in anderem Sinne das apostolische Wort: wir thun nicht, was wir wollen, sondern wir thun, was wir nicht wollen.

Abg. v. Wierzbinski: Nicht dem Drucke der Hierarchie nachgebend kämpfen wir gegen diese Gesetze an, sondern weil dieselben die Selbstständigkeit der Kirche, die Freiheit des Gewissens verleugnen. Außerdem werden sie ausgebeutet, um die polnische Nationalität noch mehr zu unterdrücken und darum muß jeder, dem die Erhaltung der polnischen Nationalität am Herzen liegt, sich mit aller Macht gegen diese Gesetze stemmen.

s 1 motiviert Abg. Windthorst seinen Antrag mit Hinweis darauf, daß das Gesetz gegen die verfassungsmäßig garantirte Unvergleichlichkeit des Eigentums durch Konfiszation von Kirchengut verstößt, ferner gegen Artikel 15 und 18 der Verfassung, von denen der erste die Selbstständigkeit der Kirche, der zweite die Aufhebung des Ernennungs- und Bestätigungsrechtes des Staates ausspreche. Somit müßte der Antrag Windthorst wird abgelehnt. (Dafür das Centrum und die Pole.)

Sämtliche Paragraphen des Gesetzes werden ohne Diskussion angenommen. In der Schluzabstimmung, welche auf Antrag des Centrums eine namentliche ist, wird das ganze Gesetz mit 257 gegen 95 Stimmen genehmigt.

Das Deklaration und Ergänzung des Gesetzes vom 11. Mai 1873 über die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen über.

Der Abg. Windthorst (Meppen) beantragt, diesen Gesetzentwurf, ebenso wie den erledigten, an eine Kommission von 21 Mitglieder zur Beratung und Berichterstattung darüber zu verweisen, welche Veränderung der Verfassung der Annahme desselben vorhergehen müssen.

Zur Generaldiskussion verlangen 8 Redner das Wort, 2 (die Abg. Tiedemann und Birchow) für die Vorlage. Die Bänke des Hauses leeren sich rasch.

Abg. Dr. Lieber versucht es die vom Abg. v. Sybel verlesenen Citate aus den Schriften Bellarmine's, Mariana's und Lainez anders zu interpretieren, und stellt ihnen ähnliche aus den Schriften des Hugo Grotius, Puffendorf's und Melanchthon's entgegen. Dann bestreitet er die Behauptung v. Sybel's, daß das Patronat aus den Seiten des Investiturstreites herstamme. Dann protestiert Redner dagegen, daß der Papst den westphälischen Frieden als solchen verdammt; die Verdammung richte sich nur gegen den darin enthaltenen Satz: cuius regio regio religio.

Die Abg. Tiedemann und Birchow verzichten auf das Wort.

Abg. v. Löö: Ein Gesetz, welches den Geistlichen ihre Qualifikation für ihr Amt vorschreiben will, ist für die katholische Kirche unannehmbar. Haben denn die Apostel und der heilige Petrus erst Staatserzähler abgelegt, als sie das Christenthum lehrten? (Heiterkeit.) Die Kirche hat eine höhere Aufgabe, als der Staat; (Widerspruch links) dem Staat geht alle und jede Befugnis ab, in inneren und äußeren Dingen, der Kirche Vorschriften zu machen, die selbstständig bestehen. Um diese Selbstständigkeit der Kirche aufrecht zu erhalten, hat der Papst ein ganzes Land aufgegeben. Man hat die Regierung des Kirchenstaates die elendste der Welt genannt; wenn wir nur so wenig Sternen zu zählen brauchen, wie im Kirchenstaate gezählt wurden (Stimme: Peterspfennig!). Ich glaube, daß Mancher in Preußen wünschte, wir hätten in Bezug auf Militärverhältnisse die Zustände des Kirchenstaates (Große Heiterkeit). Vor zehn Jahren hatemand gesagt: in Baden wird die katholische Kirche mit Musketen geschossen, in zehn Jahren wird in Preußen auf sie mit Kanonen geschossen werden. Dies Wort ist in Erfüllung gegangen. (Ruf: Wo sind die Kanonen?) Leider sind die Katholiken in ihrem Kampf für Christenthum, Autorität und Freiheit von allen ihren Freunden verlassen und stehen auf der Breche. Aber sie werden dem Kaiser ihr Gewissen nicht opfern und betrachten die Kirchengesetze nicht als rechtsbindlich.

Die allgemeine Diskussion wird geschlossen, der Antrag Windthorst abgelehnt und in die Spezialdiskussion über Artikel 1 eingetreten.

Abg. v. Gerlach erhält das Wort und behauptet es auch eine Zeitlang gegen die Unruhe des Hauses und die dringenden wiederholten Mahnungen des Präsidenten v. Bennington, über Art. 1 zu sprechen, bis er sich gewungen sieht, die Tribüne zu verlassen und der Abg. v. Mallinckrodt selbst den Schluss der Diskussion beantragt.

Darauf wird das Gesetz in allen seinen Artikeln und im Ganzen angenommen.

Schlüß 42 Uhr. Nächste Sitzung Montag 11 Uhr. (Auf der Tagesordnung stehen vierzehn verschiedene Vorlagen.)

Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 10. Mai.

— Fürst Bismarck hat am 8. d. Nachmittag zwischen 4 und 5 Uhr die erste Spazierfahrt unternommen.

Es ist schon telegraphisch gemeldet worden, daß von amtlichen Kreisen die Mitteilungen der mehrverwöhnten pariser Korrespondenten der "Times" über eine Unterhaltung zwischen dem König von Italien und dem Fürsten Bismarck als dreiste Erfindung charakterisiert werden. Die "Nord. Allg. Ztg." bringt nun in ihrer neuesten Nummer gleichfalls ein Dementi, das namentlich wegen der daran geknüpften schwerwiegenden Betrachtung beachtenswerth erscheint. Der Artikel lautet:

Der in der Regel wohl unterrichtete und vorsichtige Korrespondent der "Times" in Paris, der von einer Unterredung zwischen dem Herrn Reichskanzler und dem Könige von Italien erzählt, muß diesmal mit einer unlauteren Quelle in Verbindung gekommen sein, über die mehr zu sagen sich künftig vielleicht veranlassen findet. Auch die Redaktion der "Times" scheint gegen die Details und die Färbung dieser Erzählung einige Bedenken gehabt zu haben, da sie dieselbe nur in bläfferen Umrissen und der Tendenz der Friedensförderung entkleidet, in ihren Leit-Artikeln aufgenommen hat. Indessen ist es immer zu bedauern, daß ein Blatt von dem Gewicht der "Times", einem Zwecke dienend, den sie vielleicht selbst nicht kennt, eine grundlose Beurtheilung der öffentlichen Meinung Europas nähren hilft. Wir halten es für unmöglich, daß der König von Italien oder seine Agenten eine Mittheilung über die persönliche Begegnung hier selbst in der Form und Tendenz gemacht haben sollten, wie die Sache von dem Times-Korrespondenten dargestellt wird; Ihnen das zutrauen, hieße sie einer malia fides halten. Es wird in den höchsten Regierungskreisen auf das Bestimmteste in Abrede gestellt, daß dergleichen Eröffnungen gemacht worden sind.

Nötig und in der Natur der Dinge liegend ist, daß, wenn der Friede bedroht sein sollte, Deutschland und Frankreich ein Interesse haben würden an dem Bündnisse mit Italien. Freilich würde Deutschland nach seinen bisherigen Erfahrungen wenig Aussicht auf Erfolg haben, denn 1870 neigten die Sympathien Italiens sich überwiegend zu Frankreich; und Deutschland fühlt sich auch so stark, daß es das italienische Bündnis nicht begehrn würde. Frankreich aber wird desselben vielleicht bedürfen und vielleicht würden Italien und Sachsen den Preis desselben seien. Und dann würden Italien und Deutschland allerdings zu erwägen haben, welche Kombinationen den Italienern die meiste Aussicht eröffneten, ihre verlorenen Provinzen wieder zu erwerben. Die Theorie, einseitig Frankreich anzugreifen, wird der italienischen Regierung kein vernünftiger Mensch zumuthen.

Die Korrespondenz in der "Times" coincidet übrigens merkwürdigweise mit einem ähnlichen Heftartikel des ultramontanen "Vaterland" in Wien vom 6. d. Mts. Beide sind wahrscheinlich Theile einer und derselben Presseoperation. Erinnerlich ist, daß früher deutschen Zeitungen ähnliche Informationen zugegangen sind, die auch in

Jahren dem Drucke übergeben sind. Auch diese Sendung — eine Gegengabe für die s. B. erfolgte Übereichung eines Exemplars der Säkular-Ausgabe des Werkes *De revolutionibus orbium coelestium* — giebt ein neues Zeugnis, wie stets enger sich die Bande schließen, welche die beiden großen Kulturböcker Italiens und Deutschlands mit einander verbinden.

Wie erinnerlich, brachte neulich die „Germania“ die Verbübung der Freiheitsstrafe seitens der Bischöfe in einen Zusammenhang mit dem nun publicirten Reichsgesetz vom 4. d. M. Die „Nord. Allg.“ äußert sich darüber wie folgt:

Die „Germania“ befindet sich im Irrthum, wenn sie die Verbübung der Freiheitsstrafe seitens der Bischöfe in einen Zusammenhang mit dem nun publicirten Reichsgesetz vom 4. d. M. bringt. Die „National-Zeitung“ läßt es ungesagt, „ob die Regierung wirklich die ihr von der „Germania“ zugeschriebene Absicht hat, sich der unbedeckten Priesterlichen Anfassen der Gefangnisse zu entledigen.“ Wir sind doch der Ansicht, daß die Gefangnisse sich keine Stunde früher öffnen dürfen, als nach Verbübung der gesetzlichen Strafen, und daß das neue Maigesetz keinen Einfluß darauf üben wird. Wunderlicher Rechtsstandpunkt, von dem aus die Unterschiede zwischen gesetzlicher Strafe und polizeilicher Sicherheitsmaßregel sich verwischen.

Ein ähnliches Dementi bringt das „DWB“ in folgender Gestalt:

Die „Germania“ macht sich auf ein Rührstück in dem kirchlichen Streite gefaßt, indem sie glaubt, daß nach dem Inkrafttreten der jetzt zu Stande gekommenen respektive der Erledigung harrenden kirchlichen Gesetze eine Begründigung der bisher verurtheilten Geistlichen eintreten werde. Die „Germania“ kann beruhigt sein. Nach Alem, was wir hören, bestehen derartige Intentionen nicht und die einzige Rührung, welche man von Ultramontanen erwartet, ist diejenige, wenn sie erkennen werden, welchen Schaden sie ihrer Kirche zugefügt haben. Man hat für diese Stimmung allerdings einen weniger zarten Ausdruck als das Wort Rührung.

Wiesbaden, 9. Mai. Der Kaiser traf heute Vormittag 10 Uhr auf dem Bahnhofe ein und fuhr im offenen Wagen durch die reichbesetzte Stadt nach dem Schloß. Seine Majestät wurde auf dem Wege von der Bevölkerung durch Hochrufe und zahlreiche Blumen spenden begrüßt.

Stuttgart, 9. Mai. Gestern Mittag hat im Beisein des Königs und der Königin, des Kaisers von Russland, des Großfürsten Konstantin und aller übrigen fürstlichen Gäste die feierliche Vermählung des Herzogs Eugen von Württemberg und der Großfürstin Olga im königl. Residenzschloß stattgefunden. Die Trauung wurde programmgemäß nach protestantischem Ritus im weißen Saale des Residenzschlosses und darauf nach griechischem Ritus in der griechischen Kapelle des Residenzschlosses vollzogen. Am Nachmittag erfolgte die Abreise der Neuvermählten mittels Separatzuges nach Friedrichshafen, wo dieselben einen 14-tägigen Aufenthalt nehmen werden, um sich darauf zu den Eltern des Herzogs Eugen nach Karlsruhe in Schlesien zu begieben. — Der Kaiser von Russland wird am Montag Abend von hier nach England abreisen. Heute Vormittag um 11 Uhr fand auf dem Cannstädter Wasen die Revue der vereinigten Garnisonen von Stuttgart, Ludwigsburg und Asperg vor dem Kaiser von Russland statt.

Paris, 6. Mai. Wie man jetzt erfährt, war der Empfang, welcher dem Marshall MacMahon in Saumur zu Theil wurde, kein guter oder doch zum wenigsten kein ihm angenehmer. Er wurde bei seiner Ankunft auf dem Bahnhofe mit kräftigen Rufen: „Vive la République!“ empfangen, die Stadt selbst war weder illuminiert noch besetzt, auch die öffentlichen Gebäude waren ohne allen Schmuck. Der höchst unliebsame Empfang des Marshalls erklärt sich; auch in dieser Stadt wurden Maires und Adjunkten abgesetzt und die Bevölkerung ist sehr erbittert. — Republikanische Soldaten, welche den seit einiger Zeit von den Carlisten besetzten Zollwächterposten zu Perpignan genommen hatten, verfolgten die letzteren bis auf französisches Gebiet. Zwei französischen Gendarmen und einige Zollwächter gelang es, die republikanischen Truppen zu bestimmen, auf das spanische Gebiet zurückzukehren. Als dieselben eben die Grenze passirt hatten, gaben sie eine lezte Salve, tödeten einen Carlisten und verwundeten einige andere. Die französischen Behörden leiteten sofort eine Untersuchung ein. Dazu muß bemerkt werden, daß die spanische Grenzbevölkerung gegen Frankreich äußerst aufgebracht ist, daß die Carlisten fortwährend offen begünstigte. — Die Erklärungen, welche Lord Derby im englischen Oberhause gegeben, sind vorsichtig und diskret; sie enthalten keine Andeutung von der Art, wie hiesige Stimmen sie hätten erwarten lassen. Da er eine Veröffentlichung der Altenstücke ablehnt, wäre es müßig, über die Korrespondenzen, welche stattgefunden haben können, noch weiter zu diskutiren. Die ultrareligiösen Blätter treten der Regierung auffallend schroff gegenüber; sie strafen die offiziösen Behauptungen, man werde die Verfassungsvorlagen einbringen, geradezu Lügen. Die äußerste Rechte hat in der That eingesehen, daß Niemand bei den Verhandlungen weiter kommt, und sie ist nach dem, was ich höre entschlossen, das Parlamenten aufzugeben und bestimmt auf den Sturz Broglie's hinzuarbeiten. Es sollen, wahrscheinlich noch im Mai, Vorschläge zur Errichtung des Königthums gemacht werden. Die Legitimisten rechnen dabei immer in alter Weise: sie wollen die Orleanisten durch Einschüchterung mittreffen. Dabei rechnen sie jetzt besonders auf die Haltung des Grafen von Paris; dieser hat seinen Anhängern jede Hoffnung abgeschnitten, daß er sich dazu hergeben werde, im speciell orleanistischen Sinne gegen den Grafen Chambord aufzutreten. Somit würden die Orleanisten vor die Alternative kommen, entweder sich der äußersten Rechten anzuschließen oder der Republik, oder dem Bonapartismus zu verfallen. Wählen sie das letztere, so ist der Sturz Broglie's und eine bedeutende momentane Verwirrung wahrscheinlich; man mag sich also für bald auf lebhafte Kämpfe gefaßt machen. Von den Bonapartisten werden etwa 16—18, die eigentlich Royalisten, in den großen politischen Fragen gegen Broglie stimmen; die andern sind zweifelhaft. Die ganze Partei ist übrigens in letzter Zeit wieder sehr rührig.

Paris, 9. Mai. Die fanatische Adresse, welche die Delegirten der katholischen Vereine Frankreichs im Namen aller Katholiken, die an den Wallfahrten von 1870 Theil genommen haben, dem Papst überreichten, mit 160,000 Unterschriften, darunter die einer großen Anzahl von Deputirten, bedekt, lautet, wie folgt:

Heiligster Vater! Rom und Frankreich können nicht getrennt sein; indem Pilger alle heiligen Stätten Mariä in Frankreich von Neuem weihen, dachten sie an ihren Pontifex und ihren Vater. Weil ihr Vaterland seine Mission vergaß, sind Sie Gefangener. Unsere Verbrechen sind die Ursachen Ihrer Leidens und unser Unglück ist an das Ihrige gebunden. Ihr Triumph wird unser Triumph sein. Sie allein können uns den Weg des Sieges zeigen; führen Sie fort, unsern Weg durch Ihre unfehlbaren Lehren zu erleuchten; führen Sie uns auf die von dem großen und glorreichen Syllabus vorgezeichnete Bahn; geben Sie Frankreich der unbefleckten Maria; erhalten Sie unsere Befehlung

und unser Heil. Das Heil Frankreichs ist der Triumph der Kirche, das Heil Frankreichs ist Ihre Befreiung. Ihnen gehören unsere Herzen, Ihnen gehört die Macht des Vaterlandes, das Blut seiner Kinder. Ad multos annos vivas!

London, 6. Mai. Die Liberation Society oder wie sie mit ihrem vollen Titel heißt, die „Gesellschaft zur Befreiung der Kirche von dem Staatspatronat und der Staatskontrolle“, eröffnete gestern unter dem Vorstehe des bekannten Parlamentsmitgliedes und Friedensfreundes Henry Richard ihren dreijährigen Kongress. Zahlreiche Parlamentsmitglieder, nonconformistische Geistliche und Abgesandte — im Ganzen zwölf und zwölftausend Personen — wohnten den Verhandlungen bei. Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung mit einer langen Rede. Im Hinblick auf die große Zahl der Theilnehmer sagte er, im feindlichen Lager habe man zwar behauptet, daß die letzten Wahlen die Gesellschaft und ihre Grundsätze zu Grabe getragen hätten; wie man aber sehe, lebe sie noch; ja, sie sei derjenige Flügel der liberalen Partei, der bei den Wahlen am wenigsten gelitten habe. Auch die liberale Partei im Ganzen werde sich erholen, wenn sich von der Geschichte der letzten fünfzig Jahre auf die Zukunft ein Schluss ziehen lasse. Dieselbe Periode habe gleichfalls eine rasche Entwicklung der Grundsätze herbeigeführt, welche die Gesellschaft vertrete. Der Neuer zählte die Errungenheiten der Reihe nach auf, und der Beifall der Zuhörer wurde zum donnernden Jubel, als er zur Besprechung des Kampfes Macmillan's gegen die Staatskirche gelangte. Wie große Verbreitung die Idee von der freien Kirche bereits gefunden habe, folgert Richard aus der Weigerung Lord Derby's, ferner die Konsularkirchen zu unterstützen. Aber alles, was man den Anhängern der freien Kirche zugestanden, sei keine Gnadengabe, sondern ein gebührendes Recht, deshalb könne von Dank keine Rede sein und es müsse mehr verlangt werden. Auf dem Kontinent glaubte Richard dieselbe Entwicklung zu bemerken. Über die Politik des Fürsten Bismarck will er kein Urteil fällen, doch glaubt er, daß dieselbe nothwendig auf die Trennung der Kirche vom Staat hinziele.

blauen Auge davon zu kommen, da von allen Seiten mit Steinen auf ihn geworfen wurde. Während dieses ziemlich lange dauernden und lärmenden Auflaufs stieß die Ortspolizeibehörde nichts. Hoffentlich werden die königlichen Behörden dafür sorgen, daß bei der demnächstigen Verhaftung des Vikars derartige Szenen, wodurch die Autorität der Regierung geschwächt und ruhige Bürger gefährdet werden, nicht wiederkehren.

Staats- und Volkswirthschaft.

** Oels-Gnesener Eisenbahn. Wie dem B. Börs.-Cour. gemeldet wird, hat der Aufsichtsrath der Rechte Oderufer-Eisenbahn-Gesellschaft in seiner letzten Sitzung die Übernahme einer Zusaggarantie für die zu emittierenden Stamme-Prioritäten der Oels-Gnesener Bahn im Prinzip mit acht gegen vier Stunden beschlossen. Von der Genehmigung des Ministeriums und der Generalversammlung der Rechte Oderufer-Eisenbahn-Gesellschaft hängt es nunmehr ab, die Angelegenheit dieser Garantie zur Perfection zu bringen.

** Kaiser Ferdinands-Nordbahn. Aus dem jetzt fertiggestellten Geschäftsberichte ergibt sich die Einnahmensumme von 27,164,608 Fl. Die Betriebsausgaben belaufen sich auf 12,420,100 Fl. Der Überschuss beträgt daher 14,744,111 Fl., bez. inlusive des Gewinnanteils der Wiener Verbindungsbahn und Bergwerke 15,146,604 Fl. Hier von entfallen nach Abzug der Spesen und Verzinsung des Anlagekapitals 6,732,312 Fl. auf Superdividende gegen 7,279,364 Fl. im Jahre 1872.

** Antwerpen, 8. Mai. Bei der heute fortgesetzten Auktion wurden ausgeboten und verkauft 1774 Ballen Buenos-Ayres-Wolle. Von Montevideo-Wolle wurden 772 Ballen ausgeboten und 720 Ballen verkauft, von diversen Wollen 125 Ballen ausgeboten, 95 Ballen verkauft. Preise waren unverändert.

** Die Petersburger Internationale Bank-Aktien werden, da die Dividende pro 1873 jetzt gezahlt wird, von heute ab mit Zinsen à 4 p.C. vom 1. Januar 1874 an gerechnet.

Vermischtes.

* Auch ein Zeichen der Zeit! Aus Prag wird der „Brefe“ berichtet: Sparsamkeitsrücksichten, ferner die allgemeine Theilnahmeliufigkeit veranlassen das Börsenomitee, das gegenwärtige Börsenlokal aufzufinden, um ein billigeres Lokal zu suchen.

* Nochfort löst durch seine Freunde ankündigen, daß er nach seiner Rückkehr nach Europa sofort mit der Wiederherausgabe der „Panterne“ beginnen werde.

Berantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wagner in Posen.

Angekommene Fremde vom 11. Mai.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDEN. Die Kaufleute Silberstein Cohen, Bornemann, Klinge a. Berlin, die Rittergutsbesitzer Baerger aus Belfin, Boas a. Lutow, v. Treskow a. Wierzonka, v. Kesselniki aus Baniejewo, Inspektor Quandt a. Köslin, Kommerzienrat Walter aus Bawerkau, Kauf. Lippmann a. Amerika, Löwenjohn a. Kirsch, Alwoerd des a. Hamburg, Bornemann a. Berlin, Kuyther a. Bremen, Brothers a. Paris, Eberhard a. Chemnitz, Director Schindowsky aus Nierpruzewo, Gen.-Landschafts-Repräsentant Eisner v. Gronow aus Breslau, Oberamtmann Sasse a. Neudorf, Fr. Henschel a. Carlowitz, Schulvorsteherin Fr. Hoffmann a. Breslau, Inspektor Hagenau aus Wonnau, Kreisfuchselnktor Dr. Hippauf a. Wreschen, Amtsrichter Leon a. Bolewice.

Bis 11 Uhr Vormittags eingegangene Depeschen.

London, 10. Mai. Über die Carlstenstellungen bei Bilbao gingen aus Lequeito vom 7. d. M. folgende Nachrichten ein. Die baskischen Bataillone halten Aloustegei, Esthyrejona, Arrigouriaja und Galacano, die castilianischen Bataillone Alavaia, die navarresischen Bataillone Barmoga, die Bataillone von Guipuzcoa Durango und Umgegend besetzt. Alle Truppen sind gefechtbereit.

Graphische Börsenberichte.

Breslau, 9. Mai, Nachmittags. Getreidemarkt. Spiritus 100 Liter 100 p.C. pr. Mai 23^{1/2}, pr. August-September und pr. September-Oktober 23^{1/2}. Weizen pr. Mai 90, Roggen pr. Mai 61^{1/2}, pr. Juli-August 57, Rübbel pr. Mai und pr. Mai-Juni 18^{1/2}, pr. September-Oktober 19^{1/2}. Bink 6^{1/2}. — Wetter: Veränderlich.

Bremen, 9. Mai. Petro zum matt, Standard white solo 12 Mark 25 Pf. bes.

Hamburg, 9. Mai, Nachmittags. (Getreidemarkt.) Weizen und Roggen solo fest, beide auf Termine flau. Weizen 216-pfd. pr. Mai-Juni 1000 Kilo netto 258 B., 257 G., pr. Juni-Juli 1000 Kilo netto 256 B., 255 G., pr. Juli-August 1000 Kilo netto 252 B., 250 G., pr. August-September 1000 Kilo netto 246 B., 245 G., Roggen pr. Mai-Juni 1000 Kilo netto 178 B., 177 G., pr. Juni-Juli 1000 Kilo netto 176 B., 175 G., pr. Juli-August 1000 Kilo netto 172 B., 171 G., pr. August-September 1000 Kilo netto 170 B., 169 G. Hafer fest. Gerste fest. Rübbel solo, solo und pr. Mai 57 B., 56 G., pr. Oktober 200 Pf. Spiritus 100 p.C. ruhig. pr. Mai-Juni 54^{1/2}, pr. Juli-August 56^{1/2}, pr. August-September 57, pr. September-Oktober pr. 100 Liter 100 p.C. 56^{1/2}. Kaffee unverändert; Umsatz 2000 Sac. Petroleum flau, Standard white solo 12, 80 B., 12, 65 G., pr. Mai 12, 60 G., pr. August-Dezember 13, 50 G. — Wetter: Regen.

Köln, 9. Mai, Nachmittags 1 Uhr. (Getreidemarkt.) Wetter: Schön. Weizen behauptet, hiesiger solo 9, 15, fremder 9, 7^{1/2}, pr. Mai 9, 3, pr. Juli 8, 24, pr. November 7, 24. Roggen unverändert fremder solo 6, 7^{1/2}, pr. Mai 5, 28^{1/2}, pr. Juli 5, 19, pr. November 5, 15. Rübbel unverändert, solo 10^{1/2}, pr. Mai 10^{1/2}, pr. Oktober 10^{1/2}.

London, 8. Mai. (Getreidemarkt) Schlüßbericht. Fremde Zufuhren seit gestern Montag: Weizen 16,420, Gerste 7570, Hafer 22,460 Drts.

Der Markt schloß für sämtliches Getreide stetig, aber ruhig. Weizen engl. Weizen 63—67, rother 60—63, hiesiges Mehl 45—54 Sh.

— Wetter: Kühl.

Liverpool, 8. Mai, Nachmittags. Baumwolle (Schlüßbericht): Umsatz 15,000 Ballen, davon für Spekulation und Export 5000 Ballen. Stromm.

Middling Orleans 8^{1/2}, middling amerik. 8^{1/2}, fair Dholerah 5^{1/2}, middling fair Dholerah 5^{1/2}, good middling Dholerah 4^{1/2}, middling Dholerah 4^{1/2}, fair Bengal 4^{1/2}, fair Broach 5^{1/2}, New fair Domra 5^{1/2}, good fair Domra 6^{1/2}, fair Madras 5^{1/2}, fair Pernam 8^{1/2}, fair Smyrna 6^{1/2}, fair Egyptian 8^{1/2}.

Upland nicht unter low middling Juni-Juli-Lieferung 8^{1/2}, Mai-Juni-Lieferung 8^{1/2} d.

Manchester, 8. Mai, Nachmittags. 12r Water Armitage 8^{1/2}, 12r Water Taylor 10, 20r Water Micholls 12^{1/2}, 30r Water Giblow 13, 30r Water Clayton 14, 40r Müle Mapoll 12^{1/2}, 40r Medio Wilkinson 14^{1/2}, 36r Warcop Qualität Rowland 13^{1/2}, 40r Double Weston 14^{1/2}, 60r Double Weston 16^{1/2}, Printers 10^{1/2}—12^{1/2} 8 pfd. 120. Müßiges Geschäft, Preise sehr fest.

Amsterdam, 9. Mai, Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten. (Getreidemarkt) Schlüßbericht. Weizen pr. November 332. Roggen pr. Mai 209, pr. Juli 202, pr. Oktober 197^{1/2}.

Antwerpen, 9. Mai, Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten. (Getreidemarkt) Schlüßbericht. Weizen behauptet, dänischer 35^{1/2}, Roggen matt, Petersburg 22^{1/2}, Hafer stetig, Gerste unverändert. Petroleum-Markt (Schlüßbericht). Raiffeisens Type weiß, solo

